

Donnerstag (Nachmittag), 9. Dezember 2021 / Jeudi après-midi, 9 décembre 2021

2. Priorität – Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion /**2^e priorité – Direction de la santé, des affaires sociales et de l'intégration****74 2021.RRGR.89 Motion 064-2021 Imboden (Bern, Grüne)**

Eine resilientere Gesellschaft braucht Investitionen in den Ausbau sozialer Infrastrukturen insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie

74 2021.RRGR.89 Motion 064-2021 Imboden (Bern, Grüne)

Une société plus résiliente a besoin d'investir dans le développement d'infrastructures sociales, notamment dans le domaine de la pédopsychiatrie

Le président. Nous arrivons à présent à l'affaire du point numéro 74 de l'ordre du jour : il s'agit aussi d'une motion, elle a été déposée par Mme la députée Imboden. Le gouvernement propose de voter point par point et il propose le rejet du chiffre 1 et pour les chiffres 2 et 3 acceptation sous la forme de motion et classement. Je suppose que la réponse est contestée, donc, je laisse la parole à Mme la députée Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Motionärin. Ja, die vorliegende Motion soll nicht abgeschrieben werden. Genau das ist der Grund meiner Intervention. Ich möchte Ihnen gerne begründen, weshalb diese Motion wichtig ist und eine Wirkung zeigen soll. Wir wissen, dass die psychische Belastung für sehr viele Menschen steigt, nicht erst seit Corona. Aber Corona zeigt sehr deutlich, dass gerade bei Kindern und Jugendlichen die Belastung im psychischen Bereich sehr gross ist. Dazu gibt es unterschiedliche Studien und sehr viele Aussagen von Fachpersonal aus dem psychologischen, aber auch aus dem psychiatrischen Bereich. Diese Ausgangslage hat, wie gesagt, nicht nur mit Corona zu tun, aber auch. Wir wissen, dass gerade in diesem Bereich Kinder und Jugendliche persönlich von sehr schwierigen Situationen betroffen sind. Die Motion will in diesen Fällen einerseits im präventiven Bereich tätig werden. Das ist Punkt 1.

Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass sich eine Gesellschaft selbst und auch den Menschen Mittel und Instrumente gibt, um mit solch schwierigen Situationen umzugehen. Das versteckt sich hinter dem Wort Resilienz, das vielleicht nicht selbsterklärend ist. Es ist einerseits ein präventiver Ansatz, andererseits soll es einem auch Instrumente in die Hand geben, damit man reagieren kann, wenn man in Krisensituationen ist. Im Moment sind wir in einer sehr belastenden Coronakrise. Aber es gibt natürlich auch andere Krisen persönlicher Art, an denen vor allem junge Menschen zu beissen haben. Der Ansatz ist nicht neu. Der Regierungsrat führt in seiner Antwort aus, es sei nur ein sehr psychologischer Ansatz. Nein, das ist er nicht. Man muss es breiter verstehen. Deshalb ist es uns wichtig, dass man reagiert und vor allem in der Investition in die Prävention wichtige Schritte machen kann. Soviel zu Ziff. 1.

Ich komme jetzt aber zu den beiden zentralen Ziff. 2 und 3, die die Regierung zwar annimmt, was wir sehr erfreut zur Kenntnis nehmen, aber mit dem Abschreiben eigentlich gleich wieder schubladiert. Viele von Ihnen waren letzte Woche im Rahmen einer Mittagsveranstaltung im Restaurant Zunft zu Webern, wo es einen Vortrag von Herrn Dr. Kaess, dem ärztlichen Direktor der UPD gab, also von jemand sehr berufenem in diesem Bereich. Er ist an der grössten und wichtigsten Institution im Kanton Bern genau für die Kinder- und Jugendpsychiatrie verantwortlich. Ich glaube, diejenigen, die anwesend waren, haben sehr eindrücklich gehört, wie es um die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Bern steht. Ich möchte vorwegnehmen, dass ich sehr beeindruckt vom Referat und vor allem auch vom innovativen Ansatz war. Für die, die nicht anwesend waren: Es war nicht so, dass der leitende Direktor gesagt hätte: «Wir brauchen einfach mehr Geld, und dann kommt alles gut.» Nein, er hat etwas anders gesagt. Er hat gesagt: «Wir arbeiten mit innovativen Ansätzen

und sind daran, eine Onlineklinik aufzubauen. Es gibt die aufsuchende Kinder- und Jugendpsychiatrie, bei der die Kinder nicht in die UPD oder auf eine Abteilung kommen, sondern Fachleute zu den Kindern nach Hause gehen. Man merkt, dass man gute Resultate erzielt und die Kosten geringer sind.» Bei all diesen Massnahmen und neuen innovativen Projekten, mit denen man gerade Jugendliche erreichen will, ist es sehr wichtig, Angebote zu machen, sei es im Bereich eHealth oder ePsychiatrie. Ich konnte mich versichern, dass die UPD und der Kanton Bern dabei sehr innovativ unterwegs sind. Aber ebenso wichtig ist, dass die Aussage ganz klar lautete, dass man das nicht kostenneutral machen kann. Deshalb ist die Abschreibung des Vorstosses ein solches Problem, und ich bitte Sie, sie nicht abzuschreiben. Man kann nicht mit dem gleichen Geld alle diese Probleme anpacken, auch wenn Innovation vorhanden ist und es neue Projekte gibt, die vielleicht langfristig sogar günstiger sind.

Er hat uns eindrücklich gezeigt, dass gerade bei jungen Menschen psychiatrische Störungen sehr häufig behandelt werden können. Dies mit sehr guten Ergebnissen, wenn man frühzeitig hinschaut. Für mich war die eindrücklichste Zahl, die er nannte, dass die Wartezeiten für Behandlungen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Kanton Bern bis zu 18 Monaten betragen. Jetzt müssen Sie sich vorstellen, Sie haben ein 15-jähriges Kind oder einen Jugendlichen, und dann heisst es: «Komm in anderthalb Jahren wieder. dann haben wir einen Beratungstermin.» *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Ich komme zum Schluss: Ich glaube, diese Zahl zeigt sehr deutlich, dass es einen Handlungsbedarf gibt. Das, was der Kanton Bern bereits gemacht hat und auch in der Antwort erwähnt, ist gut. Aber es kam sehr deutlich heraus, dass es nicht reicht. Bitte helfen Sie mit, alle drei Punkte des Vorstosses zu überweisen. Lehnen Sie insbesondere die Ziff. 2 und 3 nicht ab, denn sonst ist das Resultat eigentlich ... *(Der Präsident bittet die Rednerin erneut, zum Schluss zu kommen. Dabei kommt es zu einem Unterbruch der Audioübertragung. / Le président demande encore une fois à l'oratrice de conclure. Survient une brève interruption à ce moment-là de la retransmission audio.)* ... Herzlichen Dank für die Unterstützung und die Nichtabschreibung.

Le président. La parole est ouverte aux groupes. Merci de vous inscrire et de venir à la tribune. Le premier groupe à prendre la parole : les ver'tlibéraux par la voix de Mme la députée Gasser.

Melanie Gasser, Ostermundigen (glp), Fraktionssprecherin. Ich stehe heute Nachmittag noch einmal am Rednerpult. Die Glp-Fraktion nimmt diese Versorgungslücke ehrlich gesagt auch mit Besorgnis zur Kenntnis. Wir gehen in diesen Punkten mit der Motionärin einig. Es ist in der heutigen Pandemiesituation umso wichtiger. Wie Bänz von Wohlen sagte und ich schon mehrmals erwähnt habe – ich bin von Ostermundigen –, haben wir gesehen, dass die Kinderschutzzahlen wirklich durch die Decke gehen. Wir kommen kaum nach. Der Bedarf, auch an Beratungsplätzen, steigt in der heutigen Situation stetig. Wir halten auch die Entstigmatisierung für ein wichtiges Thema. In den Ziff. 2 und 3 bleibt die Antwort des Regierungsrates denn auch mehr als vage. Das ist für uns zu wenig zufriedenstellend. Wir sehen in der Beantwortung nicht, welche konkreten Massnahmen er wirklich ergreift. Er schreibt denn auch zu Ziff. 3, es gebe diverse Bemühungen. Böse Zungen würden vielleicht sagen: «Hat und gibt sich Mühe.» Ich weiss es nicht. Uns reicht es auf jeden Fall nicht. Die Glp-Fraktion wird den Ziff. 2 und 3 zustimmen. Wir werden auch einer Abschreibung nicht zustimmen. Denn wir wollen, dass das es umgesetzt wird. Hingegen werden wir Ziff. 1 ablehnen. Wir sind sehr unsicher, was ein solches Impulsprogramm bewirken soll. Aus unserer Optik sind solche Impulsprogramme häufig vor allem teuer und enden oft als Papiertiger in irgendeiner Schublade. Für uns ist wichtiger, dass der Regierungsrat die Ressourcen, die er hat, in erster Linie braucht, um die Versorgungslücken in der Kinderpsychiatrie zu decken, sich auf dieses Thema zu fokussiert und konkrete Massnahmen zu ergreifen.

Sandra Roulet Romy, Malleray (PS), porte-parole de groupe. L'atteinte à la santé psychique constitue un risque grave pour l'individu, la famille et la société tout entière. C'est un enjeu majeur de santé publique. Le COVID-19 a une influence massive sur la hausse des maladies psychiques chez les jeunes adultes qui doit être prise très au sérieux. Cette hausse est beaucoup plus élevée que

chez les adultes mais indépendamment du COVID-19, les prestations ambulatoires et les jours de soins en milieu stationnaire augmentent massivement depuis plusieurs années. Le financement du Tarmed ne couvre, à ce jour, pas les coûts et le canton n'a pas de moyen d'action au niveau de la tarification de la LAMal, c'est un fait, mais il peut agir à bien d'autres niveaux.

Les maladies psychiques impactent les personnes dès leur plus jeune âge et une prise en charge ciblée, spécialisée et adéquate est dès lors très importante dès les premiers symptômes pour éviter les maladies chroniques. Les maladies chroniques sont celles qui causent le plus de mal et coûtent le plus cher. C'est pourquoi la prévention, la détection précoce et la déstigmatisation sont des facteurs très importants dans le parcours de soins du patient et sont certainement l'étape la plus importante de prise en charge.

La santé mentale doit s'inscrire dans une prise en charge de soins intégrés et complétés par la pédagogie et la supervision. La prévention en milieu scolaire peut être développée par des programmes de formation pour les enseignantes et les enseignants afin qu'ils soient sensibilisés à la problématique et jouent un rôle de relais vers les prestataires de soins adaptés.

Des programmes sur la santé sexuelle ont été introduits en milieu scolaire et un volet sur la santé mentale aurait également sa place pour déstigmatiser les questions de dépression, de suicide, d'anorexie et ouvrir le dialogue sur des thèmes encore bien trop tabous.

Le paysage hospitalier et ambulatoire est en constante mutation. Des mesures préventives ont été mises en place par le canton, certes, mais il doit sans cesse prendre des mesures appropriées et réévaluer constamment la situation globale pour innover. Le canton a la responsabilité de couvrir les soins et, de ce fait, d'être en lien continu avec les prestataires de soins pour orienter sa stratégie. Le canton a la vue d'ensemble des prestataires, des besoins et il peut utiliser cette vision globale pour soutenir les institutions vers des soins intégrés et coordonnés les uns avec les autres.

Je pense aussi que des programmes de médecine digitale, comme le E-Mental-Health, sont développés au niveau cantonal et pourraient être étendus à toutes les institutions du canton comme un outil de prise en charge et de prévention. Le canton peut et doit, selon nous, continuer de soutenir des actions de dépistage précoce, de prévention ciblée et d'investir dans l'innovation et la recherche. C'est pourquoi le groupe PS-JS-PSA soutient les 3 points et rejette le classement.

Margret von Bergen, Uetendorf (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP unterstützt die Präventionsmassnahmen im Bereich von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich. In Ziff. 1 gibt die Motionärin den Auftrag, ein wirksames Impulsprogramm zu lancieren, um die Gesellschaft resilienter zu machen. Es ist richtig: Das ist wirklich eine wichtige Kompetenz, um das Leben meistern zu können. Es hängt aber eben von verschiedenen Faktoren ab, ob man eine gute Resilienz aufbauen kann. Das wurde uns vom Regierungsrat gerade gut erläutert. Wie ein resilienzförderndes Programm genau aussehen soll, was es braucht und wie man dieses Ziel erreichen kann, wird aus den Forderungen nicht ganz klar. Uns fehlt in diesem Punkt eine Planungsgrundlage. Ich beziehe mich auch auf die Veranstaltung von letzter Woche mit Prof. Kaess von der UPD. Wir haben von ihm gehört, dass es nicht Sinn macht, Projekte zu lancieren, die keine weiterführenden Lösungsansätze beinhalten. So wie ich es verstanden habe, heisst das auch, kein Impulsprogramm zu starten. Laut dem Referat von Prof. Kaess sind aber Erkenntnisse und Fakten vorhanden, um gerade in den von der Motionärin genannten Bereichen niederschwellige Angebote anbieten zu können, sei dies in der Schule, sei dies in soziale Medien, zu fördern. Die EVP könnte diesen Punkt als Postulat unterstützen, damit man zielführende Präventionsmöglichkeiten prüft.

Zu Ziff. 2: Fachpersonen, Schulen, Sozialdienste und Direktbetroffene melden, dass sie überlastet sind und wenig Ressourcen und Kapazitäten vorhanden sind. Die Wartefristen sind zu lang. Wir haben es vorhin schon gehört. Die Diagnose ist meist erstellt, aber bis eine Behandlung stattfindet kann, geht es zum Teil acht Monate. Im ambulanten Bereich kann nicht zeitnah agiert werden. Weiter wird über Fachkräftemangel geklagt. Ja, das haben wir in diesem Saal schon sehr oft gehört. Der Regierungsrat hat in seiner Antwort Massnahmen erwähnt und in Aussicht gestellt. Ob diese greifen und genügen, kann man im Moment nicht abschätzen. Aus diesem Grund kann die EVP der Abschreibung dieses Punktes nicht zustimmen.

Zu Ziff. 3: Gemäss Studien haben die bereits lancierten Massnahmen zur Entstigmatisierung von psychischen Krankheiten in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich Personen früher Hilfe holen und Unterstützung zukommen lassen, insbesondere Eltern für ihre Kinder, wenn sie psychische Probleme feststellen. Somit können, wie wir vorhin schon von Grossrätin Imboden gehört haben, Jugendliche schon recht früh abgeholt werden und Interventionen können eingeleitet werden. Das hat eine positive Auswirkung, gerade in Hinblick auf einen erfolgreichen Start ins Erwachsenenalter und gibt eine Lebensperspektive. Sie wird verbessert und stabilisiert. Diese präventiven Bemühungen sollen weitergeführt werden. Aus diesem Grund werden wir auch Ziff. 3 nicht abschreiben. Ich danke Ihnen, wenn Sie das auch so machen.

Christoph Patrick Zimmerli, Bern (FDP), Fraktionssprecher. Die Motion spricht ein Problem an, vor dem wir die Augen nicht verschliessen dürfen: Die Folgen der Covid-Krise auf die Psyche junger Menschen. Das ist eine traurige Nebenerscheinung dieser elenden Seuche. Viele Jugendliche, vor allem junge Frauen in der Pubertät, leiden auch psychisch stark darunter. Ich könnte Ihnen aus dem schulischen Umfeld meiner eigenen Kinder von mehreren Fällen berichten, in denen psychiatrische Hilfe kurzfristig hätte in Anspruch genommen werden sollen. Wenn man das sieht, kann man es manchmal fast nicht glauben. Es ist nicht nur für die Betroffenen eine grosse Belastung, sondern für ihr ganzes Umfeld.

Die Motion verlangt in Ziff. 2 die Bereitstellung von genügend Betreuungsmöglichkeiten. Es ist bekannt, dass schon vor der Krise eine Versorgungslücke in der Kinder- und Jugendpsychiatrie bestand. Diese hat sich in den letzten beiden Jahren massiv verschärft. Darauf hat Natalie Imboden eindrücklich hingewiesen. Es besteht diesbezüglich also ein ausgewiesener und dringender Handlungsbedarf. Deshalb ist die FDP-Fraktion bereit, Ziff. 2 der Motion anzunehmen.

Die in Ziff. 3 der Motion geforderte Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen ist ein wichtiges Daueranliegen. Der Kanton Bern ist bekanntlich in diesem Bereich schon seit vielen Jahren aktiv. Deshalb ist die FDP-Fraktion bereit, Punkt 3 anzunehmen, aber gleichzeitig auch abzuschreiben. Auf wenig Gegenliebe stösst bei uns allerdings, für die Motionärin wohl wenig überraschend, Ziff. 1 ihrer Motion: ein Impulsprogramm, um Investitionen in soziale Infrastrukturen zu tätigen. Dieser Vorstoss scheint uns zu unspezifisch zu sein. Er öffnet Tür und Tor, um irgendwelche Angebote zu schaffen. Wenn schon, erwarten wir eine viel konkrete Forderung. Deshalb lehnt die FDP-Fraktion Ziff. 1 der Motion ab.

Kurt Wenger, Meikirch (SVP), Fraktionssprecher. Nur eine kurze Vorbemerkung: Dass wir heute solche Farben tragen, ist nicht, weil diese Masken sicher sind – wir wollten einfach einmal ein bisschen Farbe in diese langweilige Maskenwelt bringen! Wir haben das heute in der Bäckerei abgeschaut, in der wir Zmittag gegessen haben.

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie braucht es Investitionen, damit die Gesellschaft resilienter wird. Das verlangt Motionärin Imboden. Sie verlangt vom Regierungsrat, dass er dafür erstens ein Impulsprogramm lanciert und Geld in soziale Infrastrukturen und in die Prävention investiert. Zweitens, dass genügend Angebote in der Betreuung und Versorgung von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt werden. Gemeint ist präventiv, psychologisch und psychiatrisch. Drittens, dass geeignete Massnahmen zur Entstigmatisierung sichergestellt werden, sodass psychisch kranke Menschen diese Angebote auch in Anspruch nehmen können. Die Begründung der Motionärin ist, dass während der Pandemie die psychische Belastung insbesondere bei Jugendlichen wächst, und in Bern ganz besonders, nämlich plus 50 Prozent. Das führt zu Platzproblemen. Man konnte auch erkennen, dass die häusliche Gewalt stark zunahm.

Der Regierungsrat lehnt Ziff. 1, die Lancierung des Impulsprogramms, ab. Die Ziff. 2 und 3, das heisst, mehr Angebote und mehr Massnahmen, nimmt der Regierungsrat an, verlangt aber gleichzeitig Abschreibung, weil es sich dabei um Leistungen und Angebote handelt, die bereits jetzt von Bund, Kanton und Gemeinden im öffentlichen Interesse gefördert wurden oder werden. Dazu gehören auch kinder- und jugendpsychiatrische Angebote. Der Regierungsrat teilt grundsätzlich die Anliegen des Vorstosses und ist auch bereit, die Anliegen zu verstärken, sofern der dazugehörige Rahmen es erlaubt. Aber er sagt auch, dass ein Teil ausserhalb seines regierungsrätlichen Ein-

flussbereichs liege: In der Gesundheitsversorgung bei den nationalen Tarifwerken und bei der ärztlichen Aus- und Weiterbildung. Die SVP-Fraktion schliesst sich der Haltung des Regierungsrates an. Das heisst, wir lehnen Ziff. 1 ab und nehmen die Ziff. 2 und 3 an. Was die Abschreibungen von Ziff. 2 und 3 anbelangt, hat die Fraktion eine geteilte Haltung.

Le président. Merci, Monsieur le Député Wenger, pour votre explication pour les masques. J'ai cru un moment qu'il fallait déplacer les bancs sur la gauche, mais ce n'était pas ça. (*Heiterkeit / Hilarité*) La parole est à présent au groupe des Verts.

Christa Ammann, Bern (AL), Fraktionssprecherin. Ich bin froh zu hören, dass die deutliche Zunahme an psychischen Krankheiten in den letzten anderthalb Jahren, die man gut verfolgen konnte, nicht einfach mit einem Schulterzucken hingenommen wird, sondern dass der allgemeine dringende Handlungsbedarf, der, wie bereits erwähnt wurde, eben auch schon vorher bestand, erkannt wird und man auch bereit ist, gewisse Massnahmen zu ergreifen oder zu unterstützen.

Uneinig scheint man sich bei der Frage zu sein, ob schon genug gemacht wird oder ob alles, was noch möglich wäre, nicht im Zuständigkeitsbereich des Kantons ist. Ich denke, die Debatte findet im Moment vor allem zu dieser Frage statt. Das verhandeln wir und handeln es aus. Wie gesagt wurde, liegt der Fokus der Motion primär auf den Kindern und Jugendlichen, weil sie sich wirklich in einem besonders verletzlichen Alter befinden und dieses Altersspektrum von der Covid-Krise auch besonders betroffen ist. Aber wenn es im ersten Punkt eben um die Resilienz geht und moniert wird, es sei zu wenig deutlich, was gemeint sei: Das ist ein Bereich, der die ganze Gesellschaft betrifft. Es geht darum, eine Gesellschaft zu schaffen, die krisenresistent ist. Dafür braucht es meiner Ansicht nach durchaus noch Impulse. Die Kritik war ja, dass die Klarheit fehle. Der Umkehrschluss könnte auch sein, dass es einen Rahmen dafür gibt, damit die Fachpersonen sagen können, wo Impulse eben noch nötig sind.

Resilienz ist nicht nur die Wiederherstellung der Gesundheit, sondern beinhaltet auch den Aspekt der Salutogenese, der Frage also, wie man die Gesundheit erhält, sodass die Menschen eben überhaupt erst gar nicht krank werden. Ich denke, dass da eigentlich auch Handlungsbedarf bestehen würde, damit man nicht diese Warteschlangen hat, sondern so wenig Personen wie möglich einen Therapiebedarf ausweisen. Jede Person, die durch ausreichende Angebote gar nicht erst in eine krankmachende Krise fällt und eine Krankheit entwickelt, ist ein Gewinn. Der Stand ist heute aber nicht nur bei Kindern und Jugendlichen, sondern auch bei Erwachsenen eher so, dass es Krankentaggeldversicherungen gibt, die sich weigern, die Wartefrist herunterzusetzen. Denn sie sagen: «Hören Sie, es gibt zu viele Depressive. Das können wir uns nicht leisten, und es ist versicherungstechnisch schlichtweg nicht interessant. Das Risiko ist uns zu gross.» Das ist, wohin wir steuern und was wir diskutieren. Wenn wir bei der kommenden Generation da nicht hinschauen und genügend investieren, laufen wir in einen grossen Hammer hinein. Deshalb bitte ich Sie, die Punkte zu unterstützen, damit man einerseits aufholt, weil einfach zu wenig vorhanden ist, aber auch dafür sorgt, dass es stabil bleibt und wir eine gesunde Gesellschaft entwickeln können. Dementsprechend bitte ich Sie einerseits den Mut zu haben, Ziff. 1 trotz der Offenheit anzunehmen. Es gibt genügend Fachleute, die wissen, was es braucht und es verhandeln können. Wir sind keine. Wir können den politischen Rahmen geben.

Vor allem bitte ich Sie, Ziff. 2 zu unterstützen und nicht abzuschreiben. Ja, es wurde einiges gemacht. Aber nein, es reicht nicht. Die langen Wartefristen wurden angesprochen, ebenso das Risiko der Chronifizierung, besonders bei Kindern und Jugendliche, die noch eine riesige Lebenserwartung haben, ausser es sei Suizid. Aber da will man ja nicht hin. Es tut mir leid, wenn ich jetzt vielleicht etwas zynisch reagiere. Da muss man eingreifen und schauen, dass es genügend Angebote gibt und sie schnell zu Therapieplätzen kommen, sodass sich das eben nicht chronifiziert. Denn die Folgen sind immens, nicht nur für die einzelnen Personen, sondern auch für ihr Umfeld und die ganze Gesellschaft. Dementsprechend: Ziff. 2 annehmen und noch nicht abschreiben. Man muss dringend mehr machen. Der Regierungsrat hat noch nicht sämtlichen Handlungsspielraum ausgeschöpft, auch wenn selbstverständlich nicht der Regierungsrat für alle Probleme in diesem Themenbereich allein zuständig ist. Das ist durchaus auch richtig.

Ziff. 3 zur Entstigmatisierung: Ich bitte Sie, diesen Punkt ebenfalls anzunehmen und nicht abzuschreiben, auch wenn es durchaus so ist, dass der Kanton Bern schon einiges an Kampagnen bezüglich Entstigmatisierung gemacht hat. Aber auch da denke ich, ist es wichtig, dass weiter daran gearbeitet wird. Denn genau diese Entstigmatisierung ist wichtig, damit man überhaupt den Mut hat zu sagen, dass man Unterstützung braucht, und es überhaupt formulieren kann. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die eh schon genügend verletzlich unterwegs sind, sich suchen und nun selber sagen oder erkennen sollten, dass sie Unterstützung im Bereich psychische Krankheit oder psychische Gesundheit brauchen. Auch da besteht noch weiterer Handlungsbedarf. Dementsprechend bitte ich Sie im Namen der ganzen Fraktion, alle drei Punkte anzunehmen und keinen Punkt abzuschreiben.

Jan Gnägi, Aarberg (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich erlaube mir in Anbetracht der Zeit nur kurz zu sagen, wie die Mitte abstimmt. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben dieses Thema schon sehr ausführlich behandelt und das sehr wichtige Thema mit Argumenten unterstrichen. Die Mitte-Fraktion hat diese Motion auch diskutiert. Sie hat sich allerdings von der Argumentation des Regierungsrates überzeugen lassen, wie man das angehen möchte. Entsprechend werden wir so stimmen, wie der Regierungsrat beantragt.

Le président. Les groupes se sont exprimés, je laisse maintenant les orateurs à titre individuel, le premier inscrit : M. le député Seiler.

Michel Seiler, Trubschachen (parteilos), Einzelsprecher. Diese Motion will mehr professionelle Psychiatrie. Die Kinder und Jugendlichen brauchen in dieser sehr schwierigen Welt aber mehr stabile Normalität. Die Normalitätsmöglichkeit in Pflegefamilien haben Sie vor bald einem Jahr mit einem neuen Gesetz vernichtet. Im Rat interessiert sich niemand wirklich dafür, warum immer mehr Kinder Hilfe brauchen. Man schiebt es auf die Pandemie. Ich bin überzeugt, dass wir ein grundsätzliches Problem haben. Ich sage Nein zu dieser Pflästerlipolitik.

Manuela Kocher Hirt, Worben (SP), Einzelsprecherin. Der Vorstoss nimmt ein sehr wichtiges Anliegen auf. Wer nämlich am Vortrag von Prof. Kaess war, hat Folgendes gelernt: Je früher eine Funktionsstörung erkannt wird, desto geringer ist der Aufwand, diese zu behandeln und die Kinder und Jugendlichen zu einer normalen Entwicklung zurückzubringen. Ein wichtiges Detail dabei ist, dass das frühe Einwirken verhindert, dass sich sekundäre Erkrankungen bilden, chronisch werden und so später einen erheblichen Einfluss auf die berufliche Laufbahn haben. Das bedeutet auch, dass der Früherkennung und der Prävention eine sehr wichtige Rolle zukommt.

Ich möchte unterscheiden zwischen erworbenen Erkrankungen und solchen, die schon von Geburt an bestehen. Denn die Lösungen und Angebote sind unterschiedlich. Bei Geburtsgebrechen hat die Früherkennung eine zentrale Bedeutung. Gerade im Bereich von Autismus und ADHS sind wir mit der Früherkennung im Kanton noch nicht sehr weit, und es besteht Handlungsbedarf. Erfahrungen aus dem Kanton Tessin zeigen, wie wirksam ein Früherkennungsprogramm ist. Denn die Bildungschancen der Kinder, die so erkannt werden konnten, sind viel höher. Nicht nur aus dem Bericht von Prof. Kaess, sondern auch als Präsidentin von Autismus Bern weiss ich, dass vielen Eltern die Unterstützung in der Begleitung und im Umgang mit der Behinderung ihrer Kinder fehlt. Sie brauchen in diesem Sinne Elternbildung. Das ist vor allem aus drei Punkten wichtig: damit die Eltern in der Betreuung des Kindes selbst auch gesund bleiben; damit ein aktiver Kinderschutz stattfindet und die Familie drittens intakt bleibt und die Geschwister nicht vergessen gehen.

Bei den erworbenen Erkrankungen hat Prof. Kaess aufgezeigt, wie gross der Behandlungsbedarf für die erkrankten Kinder und Jugendlichen wäre und dass man nur ungefähr knapp ein Drittel abdecken kann. Deshalb sind vorgelagerte Angebote elementar, damit die Mengen an Erkrankungen durch mehr Prävention reduziert werden kann. Das wären eben niederschwellige Angebote, die den Fokus auf Prävention legen, so wie beispielsweise Familienzentren. Zu Punkt 2: Nach wie vor haben wir im Kanton Bern eine riesige und lange Warteliste für die Abklärung von Autismuserkrankungen. Sie beträgt bei Kindern und Erwachsenen bis zu anderthalb Jahre. Das bedeutet nicht nur für

die Betroffenen eine riesige Belastung, sondern gibt auch Probleme, weil nämlich die versicherungsrechtliche Frage nicht geklärt ist. Der Handlungsbedarf ist also ausgewiesen und spricht ganz klar gegen eine Abschreibung von Punkt 2 und auch von Punkt 3. Denn ich denke, wenn wir entstigmatisieren, gehen diese Menschen auch früher zum Arzt und lassen sich helfen. Merci vielmals für eine Unterstützung.

Le président. La parole n'est plus sollicitée. Je laisse donc M. le conseiller d'Etat s'exprimer.

Pierre Alain Schnegg, directeur de la DSSI. Il y a un point où je suis à cent pour cent d'accord avec la motionnaire. C'est celui de la résilience de notre société : pourquoi notre société est-elle aujourd'hui si peu résiliente ? Je pense, je crois, tous les jours à cette situation et à l'état dans lequel se trouve notre société. J'ai eu l'occasion d'échanger bien souvent avec plusieurs personnes âgées sur ce sujet-là et je n'ose pas m'imaginer comment nous aurions résolu une crise telle que celle que nos parents et grands-parents ont eu à résoudre lorsque je vois la difficulté que l'on se crée dans la crise que nous avons aujourd'hui à gérer et qui n'est qu'une infime petite partie de ce que nos parents et grands-parents ont eu à gérer.

Est-ce dû à notre société du « tout de suite » ou du « tout servi sur un plateau » ou du « tout en *self service* » ? Est-ce dû à notre mode d'éducation, d'instruction, à la perte de nos valeurs de base ? Je n'en ai pas la réponse et ce n'est pas non plus le sujet de cette motion. Mais c'est quelque chose qui me préoccupe beaucoup et dont nous devons nous occuper pour apporter une meilleure réponse à la prochaine crise qui suivra celle que nous vivons aujourd'hui.

Pour en revenir à cette motion, le canton de Berne s'engage déjà énormément dans la lutte contre la stigmatisation associée aux troubles psychiques. Nous soutenons financièrement, par exemple, la plateforme psy.ch, la Journée internationale de la santé mentale, diverses campagnes avec un travail de relations publiques. Nous nous engageons dans le domaine de la promotion de la santé, notamment dans le cadre des programmes d'action cantonal bernois en faveur de l'alimentation, de l'activité physique et de la santé psychique chez les enfants et les adolescents, programmes qui courent pour les années 2022 à 2025. Nous soutenons de nombreux types d'infrastructures sociales qui permettent d'apporter une aide aux familles, qu'il s'agisse des centres de consultation familiale, de travail social en milieu scolaire, de services psychologiques pour enfants et adolescents – les crèches, les garderies, les instruments qui aujourd'hui déjà contribuent à aider les familles et les personnes touchées par ces problèmes. Un programme d'impulsion, tel que demandé, n'apporterait pas de réponses à nos problématiques. Investir dans des infrastructures sociales ne permet en aucun cas d'augmenter la résilience de la société, tout au plus permet-il d'en traiter quelques symptômes.

Pour ce qui est du chiffre 2 : les Services psychiatriques universitaires de Berne (SPU) nous ont sollicités pour mettre en place un programme qui permet de répondre aux sollicitations qu'ils reçoivent. Nous avons validé ce programme avec eux et mis à disposition le budget qu'ils nous demandaient en un temps très court. Les Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD) travaillent sur ce programme et ont engagé les mesures qui sont nécessaires. Et nous sommes convaincus qu'avec ce programme-là nous pourrions apporter et nous apportons déjà les réponses attendues.

Pour le chiffre 3, le canton de Berne soutient – comme déjà dit – depuis de nombreuses années les divers efforts qui sont entrepris pour lutter contre la stigmatisation associée aux maladies psychiques. Je vous renvoie pour ça aux arguments que j'ai donnés pour le chiffre 1. C'est sur ces bases-là que le gouvernement vous demande de rejeter le point 1 et d'adopter et de classer les chiffres 2 et 3.

Le président. La porte-parole de l'intervention souhaite s'exprimer. Je laisse la parole à Mme la députée Imboden.

Natalie Imboden, Bern (Grüne), Motionärin. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich für diese Diskussion bedanken, die gezeigt hat, dass die Problematik sehr breit anerkannt wird. Ich möchte mich explizit für das Votum von Kollege Zimmerli von der FDP bedanken, der das auch gesagt

hat. Vielleicht noch ganz kurz zu zwei Punkten. Das eine ist die Frage von Ziff. 1, der Resilienz, aus diesem Programm. Ja, man kann sagen, es sei vielleicht etwas allgemein formuliert. Ich würde das nicht ganz wegweisen. Darum bin ich auch durchaus bereit, Ziff. 1 in ein Postulat zu wandeln. Aber einfach damit man versteht, was die Idee ist, noch einmal ganz kurz: Herr Kaess hat uns eindrücklich gezeigt, dass es zum Beispiel Programme gibt, bei denen man Präventionsarbeit an Schulen im Bereich Suizid macht. Die Resultate einer internationalen Studie haben gezeigt, dass man die Suizidrate halbieren kann, wenn man diese Workshops an Schulen macht. Das sind wirklich sehr wirksame Instrumente. Es gibt auch noch andere. Von dem her bin ich froh, wenn Sie helfen, Ziff. 1 als Postulat zu überweisen. Das würde ermöglichen, an solch spannenden Ansätzen weiterzuarbeiten. Sie sind in Bern vertreten, und man hat dabei aus internationalen Erfahrungen auch ein Know-how. Ganz kurz noch zu Ziff. 2 und dass man einiges mache: Ich habe schon gesagt, dass ich das anerkenne und der Kanton Bern bereits viel macht. Im neuen Programm, der aufsuchenden ambulanten Krisenintervention für Kinder und Jugendliche (AKI-KJP), ist das Wort Krisen drin, und der Kanton konnte zusätzlich etwas tun. Den Stau gibt es im Moment bei der Therapie. Ich hatte mit Herrn Kaess noch Kontakt per E-Mail, und er sagt, dass es heute eine Unterversorgung gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es gibt eine Unterversorgung in der Behandlung von Kindern und Jugendlichen in diesem Kanton. Es wird hier eine Triage gemacht. Wir sind gut beraten, Ziff. 2 nicht abzuschreiben. Denn es ist nicht gut, wenn wir bei Kindern und Jugendlichen wissentlich und willentlich eine Triage machen, die langfristig negative Folgen hat. Helfen Sie deshalb bitte mit, Ziff. 2 nicht abzuschreiben.

Le président. Nous allons voter sur l'affaire du point numéro 74. Le chiffre 1 a été transformé en postulat, les chiffres 2 et 3 sont maintenus sous la forme d'une motion et nous allons voter le classement pour ces deux points. Les député-e-s qui acceptent le chiffre 1 sous la forme d'un postulat votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.89: Ziff. 1, als Postulat / ch. 1, sous forme de postulat

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	67
Nein / Non	79
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez rejeté le chiffre 1 sous la forme d'un postulat.

Chiffre 2 de l'affaire du point numéro 74 : celles et ceux qui soutiennent une motion votent oui, celles et ceux qui le rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.89: Ziff. 2 / ch. 2

Annahme / Adoption

Ja / Oui	138
Nein / Non	7
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté le chiffre 2 sous la forme d'une motion.

Nous allons voter maintenant sur le classement de ce chiffre 2 : celles et ceux qui souhaitent classer ce chiffre 2 votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.89: Ziff. 2, Abschreibung / ch. 2, classement

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	65
Nein / Non	79
Enthalten / Abstentions	2

Le président. Vous avez décidé de ne pas classer le chiffre 2.

Le chiffre 3 est maintenu sous la forme d'une motion : celles et ceux qui acceptent ce chiffre 3 sous la forme d'une motion votent oui, celles et ceux qui ne le souhaitent pas votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.89: Ziff. 3 / ch. 3

Annahme / Adoption

Ja / Oui	105
Nein / Non	40
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté ce chiffre 3 sous la forme d'une motion.

Nous allons maintenant voter sur le classement de ce chiffre 3 : celles et ceux qui le souhaitent le classer votent oui, celles et ceux qui refusent votent non.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.89: Ziff. 3, Abschreibung / ch. 3, classement

Annahme / Adoption

Ja / Oui	79
Nein / Non	66
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez classé ce chiffre 3.